



An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 28. Januar 2020

**Politischer Bericht für die Sitzung der Bundestagsfraktion
am 28. Januar 2020**

Inhalt

1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE.....	2
2. ZUR LAGE	3
3. ZUR WOCHE.....	5
TOP 3: Gebäudeenergiegesetz für bessere Energieeffizienz	5
TOP 5: Adoptionshilfe-Gesetz	5
TOP 10: Stärkung der Infrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs.....	6
TOP 12: Mehr Angebot im öffentlichen Personennahverkehr	6
TOP 14: Errichtung der Engagement- und Ehrenamtsstiftung	7
TOP 15: Beschleunigte Beschaffung im Bereich der Verteidigung und Sicherheit	8
TOP 20: Zeitgemäßes Handeln für die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik....	8
TOP 22: Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung im Verkehrsbereich	9

1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE

Grundrente

Frauen und Männer, die trotz eines langen Arbeitslebens nur wenig Rente haben, werden künftig spürbar mehr in der Tasche haben. Die Grundrente wird kommen. Wer Jahrzehnte lang in die Rentenkasse eingezahlt hat, wird im Alter besser dastehen. Auch Jahre, in denen die eigenen Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt wurden, werden für die Grundrente berücksichtigt. Das ist eine Frage des Respekts. Wir stehen zur Grundrente! Jetzt werden wir sehen, ob die Union ihre Bekenntnisse zur Einführung einer Grundrente ehrlich meint und sich konstruktiv an Lösungen beteiligt. Wir wollen die Grundrente nun zügig ins Kabinett bringen und umsetzen.

Erfolgreiche sozialdemokratische Wirtschaftspolitik: Investitionen und Entlastung der Bürgerinnen und Bürger

Wir haben in den Haushalten 2018-2020 und der Finanzplanung deutlich mehr Mittel für Investitionen bereitgestellt als ursprünglich im Koalitionsvertrags vereinbart: Alleine im Jahr 2020 stehen rund 43 Mrd. Euro für Investitionen in Schulen, Schienen, Straßen, Netze und Jobs – also in die Zukunft unseres Landes zur Verfügung. Die bisherigen Engpässe bei den Planungskapazitäten lösen sich zunehmend auf: Von dem Investitionsvolumen von 38,9 Milliarden Euro sind im vergangenen Jahr 38 Milliarden Euro abgeflossen. Außerdem haben wir die verfügbaren Einkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Familien erhöht. Das hilft den Familien, stärkt die Nachfrage im Inland und wirkt dadurch positiv auf die Konjunktur. Die verschiedenen finanzpolitischen Maßnahmen, für deren Umsetzung wir maßgeblich gesorgt haben, sind ein wesentlicher Beitrag für stetiges wirtschaftliches Wachstum, auch in außenwirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Brexit

Am 31. Januar 2020 wird das Vereinigte Königreich die EU verlassen. Wir setzen alles daran, unsere Freundschaft und unsere kulturelle und wirtschaftliche Verbundenheit zu pflegen und zu festigen. Darauf kommt es auch an, wenn ein neues Partnerschaftsabkommen nach dem Brexit bis Ende dieses Jahres entwickelt und beschlossen wird. Klar ist aber auch: Die EU muss dabei ihre Interessen entschieden und geeint gegenüber Großbritannien vertreten und faire Wettbewerbsbedingungen als Leitgedanken für die künftigen Handelsbeziehungen verankern und durchsetzen.

2. ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 27. Januar vor 75 Jahren wurde das deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager in Auschwitz-Birkenau von der Roten Armee befreit. Aus diesem Anlass gedenken wir an diesem Mittwoch im Deutschen Bundestag der Opfer des Nationalsozialismus.

Das ist heute umso wichtiger, als der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Bundestag den Nationalsozialismus und seine Verbrechen als „Vogelschiss“ relativiert. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat vergangene Woche mit seiner Rede in der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem zu Recht bekräftigt, dass die Verantwortung Deutschlands keinen Schlusspunkt haben kann, sondern eine Verpflichtung nach sich zieht, die nie aufhört. Es ist unsere Aufgabe, die Gegenwart immer vor dem Hintergrund dieser dunklen Vergangenheit einzuordnen und daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen – für die Würde jedes einzelnen Menschen und um zu verhindern, dass sich Ähnliches wiederholt.

Und das gilt es, tagtäglich zu beweisen. Nach dem Terroranschlag auf ein jüdisches Gotteshaus in Halle, dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke oder dem feigen Anschlag auf das Wahlkreisbüro unseres Genossen Dr. Karamba Diaby darf kein Tag vergehen, an dem wir uns nicht entschieden gegen die rechts-extremen Terroristen und deren gedankliche Wegbereiter wenden. Ihr Ziel, ehrenamtlich Engagierte und hauptamtliche Politikerinnen und Politiker durch massive Bedrohungen einzuschüchtern, dürfen und werden sie nicht erreichen. Demokratie lebt von der gemeinsamen Verantwortung, der wir uns als SPD tagtäglich stellen.

Morgen beschließt das Bundeskabinett den Jahreswirtschaftsbericht 2020 und gibt eine Schätzung für das Wirtschaftswachstum dieses Jahres ab. Wir werden weiter in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes investieren und Bürgerinnen und Bürger entlasten. Wir haben in den Haushalten 2018-2020 und der Finanzplanung deutlich mehr Mittel für Investitionen bereitgestellt als im Koalitionsvertrag vereinbart: Alleine im Jahr 2020 stehen rund 43 Mrd. Euro zur Verfügung. Außerdem haben wir die verfügbaren Einkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Familien spürbar erhöht. Das hilft den Familien, stärkt die Nachfrage im Inland und wirkt dadurch sehr positiv auf die Konjunktur.

Wir wollen Investitionen in Schulen, Schienen, Straßen, Netze und Jobs - also in die Zukunft unseres Landes - auf hohem Niveau verstetigen und weiter ausbauen. Darum wird der Deutsche Bundestag diese Woche die massive Erhöhung der Mittel, die der Bund den Ländern für den ÖPNV-Ausbau und die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stellt, beschließen. Zusätzlich werden wir die Grundlagen für beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich legen, um Investitionsmittel noch schneller in konkrete Verbesserungen umsetzen zu können.

Euer

Gez. Dr. Rolf Mützenich

3. ZUR WOCHE

TOP 3: Gebäudeenergiegesetz für bessere Energieeffizienz

Die Energieeffizienz von Gebäuden ist ein wichtiger Baustein, um die Klimaziele in Deutschland zu erreichen. Bis 2050 soll der Gebäudesektor weitestgehend klimaneutral sein. Zwei wesentliche Bausteine dafür sind einerseits ein niedriger Energieverbrauch durch guten Wärmeschutz und andererseits die Nutzung von erneuerbaren Energien, z. B. für das Heizen.

Mit dem Gesetzesentwurf für ein Gebäudeenergiegesetz, das diese Woche in erster Lesung beraten wird, wird das Energiesparrecht für Gebäude vereinfacht und verschiedene Vorgaben neu zusammengefasst. Es führt das Energieeinsparungsgesetz, die Energieeinsparverordnung und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz in einem neuen Gesetz zusammen. Der Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes hat außerdem zum Ziel, die Anforderungen der EU-Gebäuderichtlinie umzusetzen.

TOP 5: Adoptionshilfe-Gesetz

Rein statistisch werden jeden Tag in Deutschland zehn Kinder adoptiert. Die Ausgangslage ist dabei vielfältig: Kinder werden von einem neuen Stiefelternteil adoptiert, Pflegekinder finden ihr dauerhaftes Zuhause in einer Familie oder Kinder kommen aus dem Ausland in eine Familie. In den meisten Fällen ist eine der rund 400 Adoptionsvermittlungsstellen (AVS) in Deutschland beteiligt. Mit dem Regierungsentwurf für ein Adoptionshilfe-Gesetz, der in erster Lesung beraten wird, soll die Struktur der Adoptionsvermittlung modernisiert werden: Mehr Offenheit und mehr Beratung stehen dabei im Mittelpunkt.

Mit dem Gesetz sollen Familien bei und nach der Adoption besser unterstützt werden – wann immer sie es brauchen. Zu diesem Zweck soll für alle Beteiligten ein Rechtsanspruch auf nachgehende Begleitung und bei Stiefkindadoptionen eine verpflichtende Beratung vor Ausspruch der Adoption eingeführt werden.

Außerdem setzt die Bundesregierung auf einen offeneren Umgang mit der Adoption in der Adoptivfamilie, denn das Wissen um die eigene Herkunft ist wichtig für die kindliche Entwicklung. Deshalb sollen die Vermittlungsstellen Adoptiveltern darin unterstützen, ihr Kind altersgerecht über die Tatsache seiner Adoption aufzuklären.

Auch bei Auslandsadoptionen muss das Kindeswohl im Vordergrund stehen. Unbegleitete Auslandsadoptionen sollen deshalb künftig untersagt, andere Auslandsadoptionen immer durch eine Adoptionsvermittlungsstelle vermittelt werden.

TOP 10: Stärkung der Infrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs

Wir stärken den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Im Koalitionsvertrag und im Klimaschutzgesetz konnten wir die Stärkung des ÖPNV durchsetzen und werden damit die umweltfreundliche Mobilität und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger verbessern. Darum haben wir im vergangenen Jahr das Grundgesetz geändert, um als Bund mehr Mittel zur Verfügung stellen zu können. Mit der Reform des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG), die diese Woche abschließend im Bundestag beraten wird, verdreifachen wir in dieser Legislaturperiode die Finanzhilfen des Bundes an die Länder für Investitionen in neue Infrastruktur, z. B. Schienenwege für Straßenbahnen und U-Bahntunnel. Auch wird nun u. a. die Reaktivierung von stillgelegten Schienenstrecken und die Grunderneuerung von bestehenden Infrastrukturen ermöglicht. Zudem werden wir im parlamentarischen Verfahren Förderhürden nochmals herabsetzen und neue Fördertatbestände einführen. Ab 2021 stehen dann jährlich 1 Mrd. Euro für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden zur Verfügung. Zusätzlich haben wir mit den Beschlüssen des Klimakabinetts dafür gesorgt, dass diese Mittel ab 2025 noch einmal verdoppelt werden. Ein großer Erfolg ist außerdem, dass wir langfristige Planungssicherheit für die Länder und Gemeinden schaffen. Denn die ab 2025 zur Verfügung stehenden 2 Mrd. Euro werden ab 2026 jährlich um 1,8 Prozent erhöht. Diese so genannte Dynamisierung der Mittel trägt dem bestehenden Investitions- und Instandsetzungsbedarf Rechnung.

Mit vielen weiteren Maßnahmen, wie z. B. den Modellstädten für das 365 Euro-Ticket, die Mehrwertsteuersenkung für Bahnreisen im Fernverkehr oder die Erhöhung der Investitionsmittel für die Schiene stärken wir den ÖPNV und öffentlichen Fernverkehr und fördern damit klimafreundliche Mobilität für alle.

TOP 12: Mehr Angebot im öffentlichen Personennahverkehr

Im Rahmen des Klimapaketes haben wir beschlossen, neben verschiedenen anderen Maßnahmen, auch die Regionalisierungsmittel zu erhöhen und zu dynamisieren. Durch die zusätzlichen 5,25 Mrd. Euro, die der Bund den Ländern bis einschließlich

2031 zur Verfügung stellt, soll der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) attraktiver werden. Indem die Länder insbesondere im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zusätzliche Verkehre bestellen können, sollen mehr Menschen dazu bewegt werden, den ÖPNV zu nutzen. Ein besseres Nahverkehrsangebot ermöglicht bessere Mobilität und Teilhabe und schützt das Klima. Diesen Weg werden wir weiter gehen.

Mit vielen weiteren Maßnahmen, wie z. B. den Modellstädten für das 365 Euro-Ticket, die Mehrwertsteuersenkung für Bahnreisen im Fernverkehr oder die Erhöhung der Investitionsmittel für die Schiene stärken wir ÖPNV und öffentlichen Fernverkehr und damit klimafreundliche Mobilität für alle.

TOP 14: Errichtung der Engagement- und Ehrenamtsstiftung

Unsere Demokratie ist ohne zivilgesellschaftliches Engagement nicht vorstellbar. Jede und jeder der insgesamt 30 Millionen Menschen leistet für den Zusammenhalt in unserem Land tagtäglich ihren und seinen Beitrag – vom individuellen Engagement bis zum Ehrenamt. Besonders in den ländlichen Regionen sind bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt die tragenden Säulen eines lebendigen und intakten Gemeinwesens.

Die Strukturen vor Ort sind jedoch regional sehr unterschiedlich ausgeprägt – insbesondere in den neuen Bundesländern. Um hier gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, braucht es eine passgenaue Förderung. Gleichzeitig haben sich die Rahmenbedingungen und Formen des bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements in den vergangenen Jahren verändert. Neben den ursprünglichen und gewachsenen Formen des Engagements haben sich neue Formen herausgebildet, etwa im digitalen Bereich.

Ziel des Gesetzentwurfs von SPD und CDU/CSU, der in dieser Woche beschlossen werden soll, ist es, das bürgerschaftliche Engagement auch auf Bundesebene zu stärken und zu fördern - insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Räumen. Zu diesem Zweck soll eine „Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt“ mit Sitz in Neustrelitz errichtet werden.

Im parlamentarischen Verfahren hat die SPD-Fraktion erreicht, dass die Stiftung nicht nur einen Service- und Beratungsauftrag haben wird, sondern zivilgesellschaftliches Engagement auch konkret finanziell fördern kann. Vorgesehen ist zudem, dass die Stiftung jährlich 30 Millionen Euro aus Bundesmitteln für ihre Arbeit erhält.

TOP 15: Beschleunigte Beschaffung im Bereich der Verteidigung und Sicherheit

Im Jahr 2016 sind neue umfassende vergaberechtliche Änderungen in Kraft getreten, die die Beschaffung von öffentlichen Stellen betreffen. Die Erfahrungen der vergangenen drei Jahre haben jedoch gezeigt, dass für den Bereich der Verteidigung und Sicherheit weiterer Anpassungsbedarf besteht. Denn sicherheitsrelevante Entwicklungen im In- und Ausland führen dazu, dass die Beschaffungsverfahren schneller durchgeführt werden müssen. Darum ändert der Gesetzesentwurf zur beschleunigten Beschaffung im Bereich der Verteidigung und Sicherheit, der diese Woche abschließend beraten wird, sowohl Regelungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen als auch in der Vergabeverordnung für die Bereiche Verteidigung und Sicherheit. Neben der dadurch ermöglichten schnelleren Beschaffung werden auch Änderungen in der Vergabestatistikverordnung umgesetzt.

TOP 20: Zeitgemäßes Handeln für die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

Tiefgreifende Veränderungen wie die Globalisierung, der Klimawandel und die Digitalisierung stellen auch unsere auswärtige Kultur- und Bildungspolitik vor neue Herausforderungen. Damit die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik auch in Zukunft zum Erfolg deutscher Außenpolitik beitragen kann, muss sie diesen neuen Dynamiken entsprechend weiterentwickelt werden.

Mit dem gemeinsamen Antrag der Bundestagsfraktionen von SPD und CDU/CSU, den wir diese Woche beschließen, setzen wir ein Zeichen für die Stärkung und Weiterentwicklung der auswärtigen Kultur und -Bildungspolitik. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung ihr Engagement in diesem Bereich im Sinne des Koalitionsvertrags verstärkt hat. Zum Beispiel wurde das internationale Netzwerk für Bildung und Wissenschaft ausgebaut und die kulturelle Zusammenarbeit und der Austausch mit Afrika gestärkt. Auch die kontinuierliche und sich weiter fortsetzende Stärkung der Deutschen Welle ist ein wichtiges Signal für eine aktive auswärtige Kultur- und Bildungspolitik.

Wir fordern die Bundesregierung auf, dieses Engagement weiterzuführen und zu verstärken, zum Beispiel indem die Zusammenarbeit von nationalen Kultureinrichtungen und solchen im Ausland gestärkt werden. Auch mit Blick auf Europa sollten wir die Kooperation mit anderen Kulturinstitutionen intensivieren, um ein gemeinsames Verständnis europäischer Kulturpolitik zu entwickeln und neue Impulse zu geben. Außerdem sollte die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik bei der Umsetzung der Ziele der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung einbezogen werden und einen eigenen

Berichtspunkt zum Einsatz für Frauenrechte als Menschenrechte in zukünftigen Berichten der Bundesregierung einführen.

TOP 22: Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung im Verkehrsbereich

Planungsprozesse für den Ausbau und die Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur dauern zu lange – beim Ausbau des Schienennetzes teilweise bis zu 20 Jahre. Das ist angesichts der großen Investitionsbedürfnisse für eine moderne Infrastruktur und der Anforderungen, die sich aus den Klimaschutzziele ergeben, nicht zufriedenstellend. Mit dem Planungsbeschleunigungsgesetz hat die Koalition hier bereits erste Schritte unternommen. Diese Woche wird der Deutsche Bundestag zwei Gesetze beschließen, die die Verfahren effizienter gestalten sollen.

Mit dem Gesetz zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich will die Koalition die Verfahren verbessern. Dazu gehören u.a. die Entlastung der Kommunen von Finanzierungsbeiträgen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz. Dadurch sollen Investitionen in das Schienennetz schneller getätigt werden können.

Mit dem Entwurf für ein Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz will der Bund für mehrere Modellprojekte die Möglichkeit schaffen, Baurecht durch Gesetz zu erlangen. Für diese Schienen- und Wasserstraßenprojekte soll dann geprüft werden, inwieweit ein solches Vorgehen zu einer Beschleunigung beitragen kann. Durch eine frühzeitige Bürgerbeteiligung soll die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger und damit die Akzeptanz verbessert werden. Die Beschleunigung der Maßnahmen ist auch wichtig, um die Ziele des Klimaschutzprogramms 2030, mehr Verkehr auf umweltfreundliche Verkehrsträger zu verlagern, erreichen zu können.